

Antrag

Initiator*innen: SPDqueer Sachsen

Titel: Sachsen unterstützt LSBITQ*- Aktivist*innen in Polen

Votum der Antragskommission

Konsens

Antragstext

1 Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird darum gebeten, sich im Rahmen des
2 zivilgesellschaftlichen Austausches mit Polen, für eine Unterstützung von
3 LSBITQ*-Aktivist*innen in Polen einzusetzen.

Begründung

4 Als der Bürgermeister von Warschau Rafał Trzaskowski 2019 mit der Unterzeichnung
5 einer Charta zum Schutz von LSBITQ* die Stadt zur diskriminierungsfreien Zone
6 erklärt hatte, führte dies zu einem Aufschrei der Entrüstung, in der von der
7 rechts-konservativen PiS geführten Regierung Polens. Ein rechtes Politikmagazin
8 fügte ihrer gedruckten Ausgabe Aufkleber bei, auf denen LSBITQ-Personen für
9 unerwünscht erklärt wurden. Regionen und Kommunen wurden von der PiS dazu
10 aufgerufen, sich zu LSBITQ-freien Zonen zu erklären. Organisationen und
11 Aktivist*innen die sich für Akzeptanz und gegen Diskriminierung einsetzen,
12 werden durch diese Kommunen in ihrer Arbeit aktiv behindert und erhalten weder
13 finanzielle Unterstützung noch Zugang zu öffentlichen Räumen. Der staatliche
14 Rundfunk hat seine negative Berichterstattung über LBSTIQ* verstärkt und Polizei
15 und Staatsanwaltschaften werden gezielt auf Aktivisten*innen angesetzt. Die
16 Europäische Kommission und das Europäische Parlament, haben die diskriminierende

17 Politik der polnischen Regierung bereits scharf verurteilt. Sachsen kann und
18 muss im Rahmen seiner engen Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren in Polen,
19 einen Beitrag zu Förderung gemeinsamer europäischer Werte leisten und zur
20 Stärkung der polnischen Zivilgesellschaft.